

Johannes-Maria Lex

Von: INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE [informationsdienst@plattform-educare.org]
Gesendet: Dienstag, 09. November 2010 23:43
An: office@vbbs.at; frankcon@speed.at; wolfgang.hassler@wien.gv.at; cecile.kochwalter@wien.gv.at; christa.kaesmayer@ief.at; office@bizeps.or.at; info@integrationshaus.at
Betreff: Sammelmeldung 10. 11. 2010 - mit Presse-Aussendung der Plattform EduCare zum Bildungsvolksbegehren

Plattform EduCare
elementare und außerschulische Bildung
Informationsdienst
<http://www.Plattform-EduCare.org>
informationsdienst@Plattform-EduCare.org

SAMMELMELDUNG**PRESSEAUSSENDUNG ZUM VOLKSBEGEHREN „BILDUNG IST ZUKUNFT“**

„Bildung ist Zukunft“
„Volksbegehren Bildungsinitiative“ startet.
Die
Plattform EduCare
unterstützt die Initiative
und bringt sich ein.

Die **Plattform EduCare** fordert seit Jahren grundlegende Reformen im Bildungsbereich ein – die Initiative von Vizekanzler a. D. Dr. Hannes Androsch und seines prominenten ProponentInnen-Teams, ein Volksbegehren einzuleiten, wird daher von der **Plattform EduCare** begrüßt und unterstützt.

In den aktuellen Ausführungen zum Start Ihres Bildungsvolksbegehrens fehlt jedoch noch die **konkrete Nennung der Elementarpädagogik**.

"Zahlreiche Studien bestätigen, dass Bildung sehr früh beginnt und für Kinder im Alter von null bis sieben Jahren jene Grundsteine legt, auf denen sich künftiges Lernen aufbaut. Kindergarten ist somit das Basisangebot eines modernen Bildungssystems und die beste Art der Arbeit vor dem gesetzlichen Schulbeginn", erklärt **Brigitte Zielina**, und bekräftigt damit warum die Elementarpädagogik mit all ihren Bildungseinrichtungen in diesem Volksbegehren explizit angesprochen werden muss.

"Wir brauchen eine zentrale Bundeszuständigkeit für alle wichtigen Bildungsbereiche, von der Elementarbildung bis zur Uni. Wir brauchen eine gemeinsame Ausbildung aller Pädagoginnen und Pädagogen, ein einheitliches Dienstrecht und vor allem eine effiziente Steuerung des gesamten Bildungswesens", bekräftigt **Gernot Rammer** die schon angeführten Forderungen der Initiative „Bildung ist Zukunft“.

Jetzt wäre Zeit, Österreich zu ändern

Der offensichtliche Mangel an Umsetzungswillen zwischen den Betroffenen – Bund, Ländern, Gemeinden - lässt begrüßenswerte Ansätze an verschiedenen „Fronten“ scheitern.

„Die Spitzen der Politik scheinen rat- oder mutlos zu sein, statt sich gemeinsam bereit zu erklären, ohne Scheuklappen und vorgeblich ideologischen Barrieren eine Reform einzuläuten, die von der Elementarpädagogik bis zur Universität die Bildung auf komplett neue, tragfähige Säulen stellt“ führt **Heide Lex-Nalis** aus und ergänzt, dass „eine ‚Verlängerung‘ der Bildung, wie sie derzeit propagiert wird, in ihrer Konsequenz im Elementarbildungswesen nur als abschreckendes Beispiel gesehen werden kann“.

Die **Plattform EduCare** unterstützt daher das überparteiliche „Volksbegehren Bildungsinitiative“ und hofft, dass damit durch Einbeziehung der Eltern und fachlich Betroffenen eine Reformbewegung entsteht, die die verkrusteten Strukturen aufbricht. Die Zivilgesellschaft muss gemeinsam gegen die etablierte Politik anrennen, damit sich endlich etwas ändert.

"Wir wissen, dass Eltern, Pädagoginnen und Pädagogen, Fachexpertinnen und -experten aus allen Bereichen mit dem bestehenden System mehr als unzufrieden sind“ sagt dazu **Raphaella Keller** „Wir sind gerne bereit, uns mit unseren ExpertInnen in die Entwicklung der konkreten Forderungen des Bildungsvolksbegehrens einzubringen“.

Raphaella Keller, Heide Lex-Nalis, Gernot Rammer und Brigitte Zielina sind Mitglieder des Steuerteams der Plattform EduCare.

Siehe auch:

- Bildungspolitischen Wahnsinn und Verrat an der Zukunft Österreichs beenden! Die Regierung kann nun zweieinhalb Jahre ohne Wahlen Reformen angehen. Vor allem im Elementarbildungswesen. Wie im gesamten Bildungsbereich auch → <http://www.plattform-educare.org/Presse%2020.10.2010%20-%20Bildungspolitik.htm>
- ExpertInnentagung "Fachkräfte im (Bildungs)Kindergarten - Professionalisierung in allen pädagogischen Berufen gefordert!
→ <http://www.plattform-educare.org/Presse-13.03.2010-ExpertInnentagung.htm>
- Stellungnahmen zum Endbericht der ExpertInnengruppe "Lehrer/innenbildung NEU - die Zukunft der pädagogischen Berufe":
→ <http://www.plattform-educare.org/Plattform%20EduCare-Stellungnahme%20Endbericht%20Lehrerinnenbildung%20NEU.pdf>
→ <http://www.plattform-educare.org/Stellungnahme%20der%20Initiative%20Kindergartenpaedagogik%20NEU%20zum%20Abschlussbericht%20der%20ExpertInnenkommission%20LehrerInnenbildung%20NEU.%20Die%20Zukunft%20der%20paedagogischen%20Berufe.pdf>

Rückfragen bitte an:

Mag. Dr. Heidemarie **LEX-NALIS**, Tel.: +43 (664) 4634580, E-Mail: heide.lex-nalis@plattform-educare.org

Die Mitglieder der Plattform EduCare und alle an der Weiterentwicklung der Elementarpädagogik Interessierten können mit dafür sorgen, dass in die endgültige Formulierung des

geplanten Volksbegehrens auch die *Elementarpädagogik* explizit aufgenommen wird.

Die Möglichkeit dazu besteht durch Eintrag und entsprechende Formulierung im Bereich „Mein Statement“ - etwa mit dem Text „*Ich unterstütze das Volksbegehren Bildungsinitiative, weil ich hoffe, dass der gesamte Bereich der Bildung - von der Geburt ("Elementarpädagogik") über die Schule ("Primar-/Sekundarpädagogik") und die Tertiäre Bildung bis zum Lebenslangen Lernen darin enthalten sein wird: und damit - auch wenn kein Gesetz daraus entstehen sollte - ein weiterer wichtiger Schritt zur Thematisierung dieses für Österreich wohl wichtigsten Zukunftsproblems gesetzt wird.*“

Eintragungslink:

<http://www.vbbi.at/als-unterstuetzerin-registrieren/>

Bitte beachten Sie, dass Ihre Registrierung auf dieser Website *keine* amtlich gültige Unterstützungserklärung ist. Mit Ihrer Registrierung auf der "Volksbegehren-Bildungsinitiative"-homepage bekunden Sie Ihre Befürwortung der Aktion.

Mit der Registrierung erklären Sie sich mit der Speicherung Ihrer Daten und der Nennung Ihrer Person auf der "Volksbegehren-Bildungsinitiative"-homepage einverstanden. Sollten Sie ein Statement speichern, erteilen Sie damit Ihre Zustimmung für die Veröffentlichung desselben auf der "Volksbegehren-Bildungsinitiative"-homepage.

ÜBERSICHT ÜBER DIE THEMEN DIESER AUSSENDUNG DES INFORMATIONSDIENSTES VOM 09.11.2010 23:42:55

[PRESSEAUSSENDUNG ZUM VOLKSBEGEHREN „BILDUNG IST ZUKUNFT“](#)

[Jetzt wäre Zeit, Österreich zu ändern](#)

[MEINUNG](#)

[Elternverbände wollen "profunde Trendwende" in der Bildungspolitik - Gemeinsame Erklärung der Präsidenten des Bundesverbandes der Elternvereine an mittleren und höheren Schulen Österreichs und des Hauptverbandes Katholischer Elternvereine Österreichs.](#)

[BILDUNG, BILDUNGSPLANUNG](#)

[→ Elementarpädagogische Datenbank](#)

[Education Today 2010 - The OECD Perspective](#)

[BM:UKK / BM.W F](#)

[BM:UKK-Homepage](#)

[BMWF Homepage](#)

[Alle Informationen des bm:ukk und des bm.w f zur PädagogInnen-Ausbildung NEU](#)

[BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM](#)

[Gesetze Bundesländer](#)

[Bundeskanzleramt RIS Informationsangebote](#)

BURGENLAND

Meldungen: keine

KÄRNTEN

Meldungen: keine

NIEDERÖSTERREICH

Meldungen: keine

OBERÖSTERREICH

Meldungen: keine

SALZBURG

Meldungen:

[Volksschullehrerinnen als KindergartenpädagogInnen \(Bericht in den Salzburger Nachrichten vom 08. 11. 2010, "Panosch befürchtet Personalmangel in Kindergärten"\)](#)

STEIERMARK

Meldungen:

[Mag.^a Elisabeth Grossmann weiterhin Landesrätin für Elementarpädagogik](#)

TIROL

Meldungen:

[Tirol verdoppelt Schuldenstand im Budget 2011 auf 429 Millionen](#)

VORARLBERG

Meldungen:

[Sausgruber: "Realistisch ist ein Kompromiss"](#)

WIEN

Meldungen:

[Brauner präsentiert Wiener Stabilitätsbudget 2011](#)

[Auch in Wien wird gespart](#)

FAMILIENPOLITIK

[Kurswechsel in der ÖVP-Familienpolitik? - news.ÖRF.at](#)

[ÖVP-Diskussion um Familienpolitik](#)

[Familien < SPÖ Bundesfrauen](#)

[Baustelle Familienpolitik](#)

[Die heimische Politik und die Familien Von Christina Aumayr-Hajek](#)

[Präs. Andrea Gottweis: Wahlfreiheit muss oberstes Prinzip in der ...](#)

[Musiol: Kursänderung der ÖVP bei Familienpolitik nur Tarnung?](#)

[Die Debatte „Geld- oder Sachleistung?“ kreist um ein Randthema. Mut zum Kind ...](#)

[NEIN zu Kürzungen bei Familien!](#)

[Der Wiener Erzbischof, Kardinal Schönborn, übte beim Gespräch der Religionsvertreter mit Bundeskanzler Faymann Kritik an mehreren Punkten des Sparpakets:](#)

INKLUSION, INKLUSIVE PÄDAGOGIK

[Betroffene protestieren in mehreren Städten gegen Pflegegeldeinsparungen](#)

[Wien](#)

[Graz](#)

[Linz](#)

[Budget: Besondere Belastungen für Menschen mit Behinderungen](#)

KINDERRECHTE

[Initiative gegen Unrecht](#)

[Kinder haben Rechte - Masterlehrgang](#)

PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULEN, UNIVERSITÄTEN

[Übersicht](#)

[Inskription](#)

[Sampl für bundeseinheitliche Schulverwaltung](#)

PARLAMENTSMELDUNGEN

[Initiative "Gegen-Unrecht" am 11. November bei Prammer - Überreichung von mehr als 100.000 Unterstützungen](#)

PLATTFORM EDUCARE

[Selbstverständnis](#)

[Forderungen](#)

[Mitglieder](#)

[Presse-Aussendungen](#)

[Die Plattform EduCare unterstützt des Bildungsvolksbegehren der ...](#)

MITTEILUNGEN VON MITGLIEDERN DER PLATTFORM EDUCARE

[Mitgliederliste](#)

[Bildungsinitiative: Kinderfreunde wollen mitmischen!](#)

STELLENAUSSCHREIBUNGEN

[Stellenausschreibung KindergartenpädagogIn OÖ](#)

[Stellenangebot Kindergartenpädagogin Nachrichten Vorarlberg Online ...](#)

VERANSTALTUNGEN UND EVENTS

[3. Intervention: Frühe Mehrsprachigkeit als Potential - Eine Vorlesungs- und Veranstaltungsreihe anlässlich „15 Jahre Integrationshaus“ - Uni Aula/Campus Universität Wien - 17. November 2010 17:00](#)

IMPRESSUM UND HINWEISE

-

MEINUNG

Elternverbände wollen "profunde Trendwende" in der Bildungspolitik - Gemeinsame Erklärung der Präsidenten des Bundesverbandes der Elternvereine an mittleren und höheren Schulen Österreichs und des Hauptverbandes Katholischer Elternvereine Österreichs.

Die Elternverbände fordern eine "profunde Trendwende" in der österreichischen Bildungspolitik. In einer gemeinsamen Erklärung stellten deren Präsidenten am Montag fest, dass die Bildungspolitik nicht länger ein "Ort parteipolitisch motivierter Machtspiele" sein dürfe: "Es geht um die Zukunft unserer Kinder. Wir wollen eine zukunftsfähige Schule. Es geht uns nicht darum, wie gut unsere Kinder bei diversen Tests abschneiden, sondern darum, wie gut sie das

Erlernete im Leben umsetzen können - in einer Zeit, die immer stärker vom Prinzip des lebenslangen Lernens bestimmt ist. Zugleich geht es uns auch darum, dass Schule nicht nur der Ausbildung für künftige Berufstätigkeit dient, sondern auch der gesamt menschlichen Bildung".

Diese Aufgaben könne die Schule aber nur erfüllen, wenn die entsprechenden strukturellen Voraussetzungen gegeben sind, so die Präsidenten der beiden Elternverbände. Im Klartext heiÙe das, dass es zwischen Bund und jeweiliger Schule keine politisch besetzte Leitungsebene geben soll. Auf dieser Grundlage sei auch eine Umsetzung der Empfehlungen des Rechnungshofes im Hinblick auf die Schulverwaltung möglich.

Es sei wichtig, im Bildungsbereich - "der über unser aller Zukunft entscheidet" - die Stimme der Zivilgesellschaft lauter vernehmbar zu machen, betonen Saverschel und Mandahus: "Deshalb unterstützen wir auch die Initiative von Hannes Androsch für ein Bildungs-Volksbegehren. Als Demokraten schätzen wir die unverzichtbare Rolle der Parteien, aber zugleich treten wir dafür ein, dass nicht alles dem parteipolitischen Kalkül unterworfen sein darf". Daher werde man auch allen Versuchen zu einer "Veränderung" des Schulsystems energischen Widerstand entgegenzusetzen.

Rückfragehinweis: Cornelia Franckenstein Mobil: 0699 15 99 20 03 Mail: frankcon@speed.at

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/10861/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

BILDUNG, BILDUNGSPLANUNG

→
Elementarpädagogische
Datenbank

Education Today 2010 - The OECD Perspective

Organised into eight chapters, this report examines early childhood education, schooling, transitions beyond initial education, higher education, adult learning, outcomes and returns, equity, and innovation. The chapters focus on key findings and policy directions emerging from recent OECD work.

→ [Now available from the Online Bookshop.](#)

BM:UKK / BM.W_F

BM:UKK-Homepage

BMWF Homepage

Alle Informationen des [bm:ukk](#) und des [bm.w_f](#) zur PädagogInnen-Ausbildung NEU

BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM

Gesetze Bundesländer

Bundeskanzleramt RIS
Informationsangebote

BURGENLAND



Burgenland: www.burgenland.at

Meldungen: keine

KÄRNTEN



Kärnten: www.ktn.gv.at

Meldungen: keine

NIEDERÖSTERREICH



Niederösterreich: www.noe.gv.at

Meldungen: keine

OBERÖSTERREICH



Oberösterreich: www.ooe.gv.at

Meldungen: keine

SALZBURG

Salzburg: www.salzburg.gv.at



Meldungen:

Volksschullehrerinnen als KindergartenpädagogInnen (Bericht in den Salzburger Nachrichten vom 08. 11. 2010, "Panosch befürchtet Personalmangel in Kindergärten")

Von: Büro Bürgermeister-Stellvertreter Panosch [mailto:Buergemeister-StellvertreterPanosch@stadt-salzburg.at]

Gesendet: Dienstag, 09. November 2010 11:59

An: 'DAS STEUERTEAM DER PLATTFORM EDUCARE'

Betreff: AW: Volksschullehrerinnen als KindergartenpädagogInnen (Bericht in den Salzburger Nachrichten vom 08. 11. 2010, "Panosch befürchtet Personalmangel in Kindergärten")

Sehr geehrte Frau Dr. Lex-Nalis!

Herzlichen Dank für Ihr Email. Ich werde Ihre Informationen bei einem Gespräch mit der neuen Landesrätin Widmann einfließen lassen. Ich denke, uns eint die Sorge, dass eine Personalknappheit bei KindergartenpädagogInnen droht. Gerade Ihre Gedanken zur Aus- und Weiterbildung erwachsener Menschen sind für mich hilfreich.

Mit freundlichen Grüßen

Martin Panosch

Dr. Martin Panosch, Bürgermeister-Stv.
STADT:SALZBURG Magistrat, Büro Bürgermeister-Stellvertreter Dr. Martin Panosch
Mirabellplatz 4
Postfach 63
5024 Salzburg
Tel: +43 662 8072 2940
Fax: +43 662 8072 2945
Mail: martin.panosch@stadt-salzburg.at
Web: www.stadt-salzburg.at

Diese E-Mail enthält vertrauliche und/oder rechtlich geschützte Informationen.
Wenn Sie nicht der/die richtige Adressat/in sind oder diese E-Mail irrtümlich erhalten haben,
informieren Sie bitte sofort den/die Absender/in und vernichten Sie diese Mail.

Von: DAS STEUERTEAM DER PLATTFORM EDUCARE [mailto:steuerteam@plattform-educare.org]

Gesendet: Montag, 8. November 2010 19:33

An: Büro Bürgermeister-Stellvertreter Panosch; tina.widmann@gmail.com; agnes.ruecker@salzburg.gv.at; andreas.koller@salzburg.com

Betreff: Volksschullehrerinnen als KindergartenpädagogInnen (Bericht in den Salzburger Nachrichten vom 08. 11. 2010, "Panosch befürchtet Personalmangel in Kindergärten")

Plattform EduCare

elementare und außerschulische Bildung

Steuergruppe

<http://www.Plattform-EduCare.org>

[Mitglieder des Steuerteams](#)

Steuerteam@Plattform-EduCare.org

Telefon: 0664-4634580

Herrn Bürgermeister-Stellvertreter
Dr. Martin Panosch

22.11.2010

Schloss Mirabell
Mirabellplatz 4
5024 Salzburg

bgmstv.panosch@stadt-salzburg.at

Betrifft: Volksschullehrerinnen als KindergartenpädagogInnen (Bericht in den Salzburger Nachrichten vom 08. 11. 2010, „[Panosch befürchtet Personalmangel in Kindergärten](http://www.salzburg.com/online/salzburg/stadt+salzburg)“, <http://www.salzburg.com/online/salzburg/stadt+salzburg>)

Sehr geehrter Herr Bgm.-Stv. Dr. Panosch!

Laut einem Bericht in den „Salzburger Nachrichten“ fordern Sie „möglichst schnell die Änderung des Salzburger Kindergartengesetzes“ dahingehend, „dass auch Volksschullehrerinnen als Kindergartenpädagoginnen eingesetzt werden können“.

Wir von der Plattform EduCare weisen seit Jahren auf die drohende Personalknappheit hin, da es sich seit langem abzeichnet, dass immer weniger AbsolventInnen der 5-jährigen BAKIP in den Beruf einsteigen bzw. aufgrund stärker werdender Belastungen, deren die frühe Ausbildung in der BAKIP nicht mehr gerecht werden kann, eine andere berufliche Laufbahn einschlagen.

Ihr Vorschlag zur Behebung des Personalmangels, VolksschullehrerInnen ohne zusätzliche Ausbildung als Kindergartenpädagoginnen einzusetzen, ist für uns jedoch *nicht* akzeptabel!

Die Elementarpädagogik ist methodisch/didaktisch nur sehr bedingt mit der Grundschulpädagogik vergleichbar und wird auch im wissenschaftlichen Diskurs als *eigenständige* Pädagogik anerkannt.

Entsprechend den elementarpädagogischen Erkenntnissen, ermöglichen ElementarpädagogInnen unseren Kindern dann einen gelungenen Schulstart, wenn sie sie ihrem Alter entsprechend professionell fordern und fördern.

Zur Sicherung eines dementsprechenden Bildungsverständnisses und der Qualität in der Elementarpädagogik, gibt es seit 2009 einen bundesweit gültigen *BildungsRahmenPlan* für elementarpädagogische Bildungseinrichtungen. Dieser baut auch auf der erworbenen Kompetenz von ElementarpädagogInnen auf, dem Wissen um psychologische, pädagogische, methodisch-didaktische Besonderheiten in diesem Entwicklungsbereich sowie der damit verbundenen intensiven Arbeit mit Eltern.

Wir vertreten aber auch schon lange die Meinung, dass es neben der 5-jährigen BAKIP zusätzliche Möglichkeiten zur Ausbildung von ElementarpädagogInnen geben sollte:

Möglichkeiten, mittels derer erwachsene Menschen mit unterschiedlichen Herkunftsberufen aus- bzw. weitergebildet werden können.

In Kooperation zwischen Erwachsenenbildungs- und Weiterbildungseinrichtungen mit den BAKIP's und den Pädagogischen Hochschulen könnten individuelle Anrechnungsmodelle und dementsprechende Studienpläne erstellt werden.

Dieser Weg stünde auch VolksschullehrerInnen offen. Es bedarf nur des beherzten und professionellen Herangehens an eine Realisierung.

Wir hoffen, dass wir Sie davon überzeugen können, dass die Zeiten vorüber sind, in denen der Kindergarten als *Vorschule* bezeichnet wird, die Angebote sich an der Volksschulpädagogik orientieren und die ElementarpädagogInnen einfach von VolksschullehrerInnen ersetzt werden können.

Selbstverständlich stehen wir Ihnen für weitere Auskünfte und Informationen gerne zur

Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Plattform EduCare

Steuerteam

Mag.^a Dr.ⁱⁿ Heidemarie Lex-Nalis

BAKIP-Direktorin i. R.

Kopie ergeht an:

Frau Dr. Tina Widmann, tina.widmann@gmail.com

Frau Mag.^a Agnes Rücker, agnes.ruecker@salzburg.gv.at
Salzburger Nachrichten, Herrn Chefred.-Stv. Dr. Andreas Kollerer,
andreas.koller@salzburg.com

STEIERMARK



Steiermark: www.steiermark.at

Meldungen:

Mag.^a Elisabeth Grossmann weiterhin Landesrätin für Elementarpädagogik

Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom 4. November 2010, mit der die Geschäftsverteilung der Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung als Anlage zu § 2 der Geschäftsordnung der Steiermärkischen Landesregierung festgelegt wird
(Landesgesetzblatt

Jahrgang 2010 Ausgegeben und versendet am 5. November 2010 38. Stück):

F) Landesrätin Mag. Elisabeth Grossmann

1. Aus dem Geschäftsbereich der Abteilung Wissenschaft und Forschung die **Erwachsenenbildung**.
2. Der **Geschäftsbereich der Abteilung Bildung, Frauen, Jugend, Familie und Integration** mit Ausnahme der Landesrat Seitinger und Landesrätin Dr. Vollath zugewiesenen Angelegenheiten.

Seitinger: die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, die öffentlichen Berufs- und Fachschulen angeschlossen sind: Verwaltung und Versuchstätigkeiten.

Vollath: die Angelegenheiten der Migration und der Integration und Angelegenheiten und Geschäftsstelle der Steirischen Integrationsplattform.

http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Lgbl/LGBL_ST_20101105_90/LGBL_ST_20101105_90.pdf

TIROL



Tirol: www.tirol.gv.at

Meldungen:

Tirol verdoppelt Schuldenstand im Budget 2011 auf 429 Millionen

[tt.com - Wo's Click macht](#)

Abstriche seien dafür auch im Bereich der Wohnbauförderung notwendig gewesen, diese Einsparungen sollen der Kinderbetreuung zugutekommen. ...

VORARLBERG



Vorarlberg: www.vorarlberg.at

Meldungen:

Sausgruber: "Realistisch ist ein Kompromiss"

derStandard.at

Krisenbedingt sind Engpässe da, vor allem in den dynamischen Bereichen **Frühpädagogik**, Pflege, Spital sind Gemeinden mit wachsenden Ausgaben konfrontiert. ...

WIEN



Wien: www.wien.gv.at

Meldungen:

Brauner präsentiert Wiener Stabilitätsbudget 2011

Utl.: Abgang sinkt: "Sparen mit Maß und Ziel" - Schwerpunktsetzung Bildung/Kinderbetreuung, Gesundheit/Soziales - "Wirtschaftsreserve" für den Notfall =

Wien (OTS) - "Weiter auf hohem Niveau in die Zukunft Wiens investieren und gleichzeitig mit dem Einstieg in eine maßvolle Konsolidierung beginnen: Das ist der finanzpolitische Wiener Weg aus der Krise", fasste heute Vizebürgermeisterin Finanz- und Wirtschaftsstadträtin Mag.a Renate Brauner im Rahmen des Mediengesprächs des Bürgermeisters die Eckdaten des Haushaltes 2011 zusammen. Gesamtwirtschaftlich sei die Situation nach wie vor äußerst volatil und die Auswirkungen der nach dem Zweiten Weltkrieg beispiellosen Krise der Finanz- und Realwirtschaft auf die öffentlichen Haushalte in ihrer Dimension bislang einmalig. "Die Krise hat auch im Wiener Stadthaushalt tiefe Spuren hinterlassen und ist etwa am Arbeitsmarkt weiterhin gegenwärtig. Daher sind fortgesetzte Investitionen durch die Stadt und ihre Unternehmungen ein Gebot der Stunde. Das reicht vom U-Bahn- und Straßenbahnausbau über die Infrastruktur unserer Energienetze bis hin zu den Investitionen der Wien Holding", so Brauner. Die Einnahmensituation etwa bei den gemeinschaftlichen Bundesabgaben sei weiterhin sehr angespannt und habe nach wie vor nicht wieder das Niveau des letzten Jahres vor der Krise - 2008 - erreicht. Daher gelte es nun den schmalen Pfad "zwischen notwendiger Konsolidierung auf der einen und zukunftsorientierter Investitionstätigkeit auf der anderen Seite" zu beschreiten.

Stadt reduziert Abgang 2011 um 177 Mio. Euro

"Trotz dieser äußerst schwierigen Rahmenbedingungen ist es für 2011 gelungen, den Ausgabenrahmen auf dem Niveau von 11,43 Mrd. Euro zu stabilisieren", so Brauner. Die Einnahmen erreichen 2011 einen Wert von 10,81 Mrd. Euro. "Mit einem prognostizierten Abgang von 621,3 Mio. Euro reduzieren wir den Abgang gegenüber dem Vergleichswert des Jahres 2010 um 177 Mio. Euro. Damit gelingt uns 2011 der Einstieg in eine substanzielle Minderung des Abgangs verglichen mit dem Vorjahr. Wenn sich die Wirtschaftslage 2011 gut entwickelt, wollen wir am Ansatz "Sparen, mit Maß und Ziel" auch in den Jahren danach festhalten, um die Finanzkraft der Stadt für wichtige Zukunftsinvestitionen zu sichern", unterstreicht Brauner. Im Budget 2011 sei deshalb eine klare Schwerpunktsetzung vorgesehen: "Wir haben 2009 und 2010 in fast allen Bereichen im Voranschlag im Zuge der Bekämpfung der Krise nie dagewesene Höchstwerte in der Budgetierung erreicht. Wir konzentrieren uns ab 2011 auf klar definierte Schwerpunkte, also die Ausweitung bzw. Beibehaltung der Budgetniveaus in den Bereichen Gesundheit, Soziales, Kinderbetreuung, Bildung und in der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Das bedeutet gleichzeitig, dass wir in anderen Bereichen unser Niveau wieder auf Werte vor der Krise zurücknehmen und sparen", erklärt Brauner.

"Wirtschaftsreserve": Stadt für den Notfall gewappnet

Der Voranschlag 2011 basiert auf der Konjunkturprognose des Österreichischen Wirtschaftsforschungsinstituts vom September 2010, dem eine Schätzung des Wachstums des Bruttoinlandsprodukts von 1,9 Prozent für das Jahr 2011 zu Grunde liegt. Allerdings seien die Schätzungen für 2011 mit großer Vorsicht zu behandeln, nicht zuletzt aufgrund teils höchst unterschiedlicher Signale von international renommierten Wirtschaftsforschungsinstituten bzw. internationaler Institutionen wie der OECD. "Wien hat daher für alle Fälle vorausschauend eine Wirtschaftsreserve im Ausmaß von 300 Mio. Euro in Form von Budgetkreditbindungen im Budget verankert. Dadurch wäre die Stadt im Falle eines nochmaligen scharfen Wirtschaftsabschwungs in der Lage, innerhalb kurzer Zeit 300 Mio. Euro für eine notwendige Krisenbekämpfung als Konjunkturmaßnahme bereitzustellen. Wien ist in einer Phase erhöhter Ungewissheit beim Wirtschaftswachstum jederzeit in der Lage, antizyklisch und mit entsprechendem Nachdruck Arbeitsplätze und Aufträge für die Wiener Klein- und Mittelbetriebe zu sichern", so Brauner.

Entwicklung Einnahmen - Ausgaben 2010

Im Voranschlag 2011 stehen Einnahmen von 10,81 Mrd. Euro Ausgaben in Höhe von 11,43 Mrd. Euro gegenüber. Daraus resultiert ein errechneter administrativer Abgang in Höhe von 621,3 Mio. Euro (ohne Berücksichtigung der Wirtschaftsreserve). Der Schuldenstand Wiens erreicht krisenbedingt aufgrund geringerer Einnahmen und höherer Ausgaben im Zuge der Konjunkturbelebung Ende 2010 ein Niveau von 2,94 Mrd. Euro. Die Pro-Kopf-Verschuldung Wiens (gleichzeitig Land und Gemeinde) ist mit 1.723 Euro nach wie vor eine der geringsten Werte aller Bundesländer und ihrer Gemeinden. "Kumuliert man die Einnahmenverluste aus den gemeinschaftlichen Ertragsanteilen, dann zeigt sich, dass Wien durch das krisenbedingt eingebrochene Steueraufkommen etwa 1 Mrd. Euro alleine an Ertragsanteilen zwischen

2009-2011 verloren hat. Konfrontiert mit diesen Rahmenbedingungen hat die Stadt sehr bewusst eine Neuverschuldung in Kauf genommen und sich immer dazu bekannt - der Erfolg hat sich 2009 klar gezeigt: Während in anderen Bundesländern das Bruttoregionalprodukt um bis zu 5 Prozent eingebrochen ist, konnten wir in Wien den Rückgang auf 2,6 Prozent eingrenzen", betont Brauner.

Das Maastricht-Ergebnis liegt 2011 bei einem Prognose-Wert von 577 Mio. Euro. Der Unterschied zwischen administrativem Ergebnis und Maastricht-Ergebnis ist darauf zurückzuführen, dass sich Finanztransaktionen im administrativen Ergebnis niederschlagen, allerdings nicht im Maastricht-Ergebnis.

Investitionen steigen weiter - Nachfrage bleibt auf hohem Niveau

Der Voranschlag 2011 bringt das Halten des hohen Niveaus bzw. einen Anstieg der Investitionen in der Stadt und ihrer Unternehmungen bzw. Betriebe. Gab die Stadt 2010 insgesamt 2,536 Mrd. Euro für Investitionen aus, so steigen die Gesamtinvestitionen auf 2,637 Mrd. Euro. Auch behält Wien die starke Betonung der nachfragewirksamen Ausgaben auf einem leicht verminderten Niveau von 4,287 Mrd. Euro bei - nach 4,4 Mrd. Euro im Voranschlag 2010. "Bei den Investitionen zu sparen, wäre Gift für die noch immer wenig robuste Konjunktur. Und auch bei den nachfragewirksamen Ausgaben liegt Wien nach wie vor mit 463 Mio. Euro ganz deutlich über dem veranschlagten Niveau des letzten Jahres vor der Krise", so Brauner. Die nachfragewirksamen Ausgaben seien gleichzeitig ein guter Indikator, da sich anhand ihrer Entwicklung die schwierige Balance auf dem schmalen Grad der fortgesetzten Konjunkturstützung und einer beginnenden Konsolidierung ablesen lasse. Bei der Nachfrage sei nun wieder das verstärkte Engagement der Wirtschaft und ihrer Finanzpartner gefragt. Zu nachfragewirksamen Ausgaben einer Kommune gehören z.B. Ausgaben im Nahverkehr, Gebäudesanierungen, laufende Instandsetzungs- und Wartungsarbeiten für Straßen und Leitungen oder auch der Ankauf von Maschinen und Fahrzeugen. Ein großer Teil der Mittel fließt 2011 wiederum in das beschäftigungsintensive Bau- und Baunebengewerbe, wobei hier die Ausgaben mit 1,657 Mrd. Euro noch immer um 42 Mio. Euro über dem Wert des Krisenjahres 2009 mit 1,615 Mrd. Euro liegen.

Fast 1,7 Mrd. Euro für Bildung und Kinderbetreuung

Der Zukunftsschwerpunkt des Budgets 2011 liegt eindeutig im Bereich Bildung und Kinderbetreuung. Nach einem Ausgabenvolumen von über 1,4 Mrd. Euro 2009 und fast 1,6 Mrd. Euro 2010 steigt dieser Ausgabeposten nunmehr auf 1,66 Mrd. Euro. "Diese Zahl demonstriert eindrucksvoll, dass Länder und Städte ganz konkrete Leistungen für die Zukunft unseres Staates und unserer Volkswirtschaft erbringen. Wer meint, mehr Betreuung und mehr Bildung für alle sei mit weniger Mitteln zu haben, der irrt gewaltig. Wien hat in den letzten 10 Jahren das Budget in der Kinderbetreuung mehr als verdoppelt - auf nunmehr 562 Mio. Euro im Voranschlag für 2011", so Brauner. "Ich wiederhole mich: Aus wirtschaftspolitischer Sicht ist der Gratis-Kindergarten die größte Mittelstandsförderung in der Geschichte dieser Stadt." Die Ausgaben für Schulen und Bildung werden 2011 wiederum einen Wert von 1,11 Mrd. Euro erreichen, inklusive der vierten Tranche des Wiener Schulsanierungspakets.

Kommunale Arbeitsmarktpolitik und Wirtschaftsförderung

Auch 2011 setzt Wien seine österreichweit einzigartige ergänzende städtische Arbeitsmarktpolitik auf hohem Niveau fort, in Form der Unterstützungen und Beratungsleistungen durch den Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds (waff). Ein wichtiger Schwerpunkt der Wiener Arbeitsmarktpolitik bleibt auch in Zukunft die Wiener Ausbildungsgarantie für Jugendliche. "4.500 junge Menschen erhalten in überbetrieblichen Lehrwerkstätten eine gute Ausbildung für ihre persönliche Zukunft. Und auch 2011 bleibt es dabei: Jede betriebliche Lehrstelle wird aus öffentlichen Mitteln unterstützt", hält Brauner fest. Für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der Stadt Wien stehen 2011 etwa 58 Mio. Euro zur Verfügung. Der waff kann ca. 28.000 WienerInnen, die ab 2011 seine Angebote in Anspruch nehmen, beim Wiedererlangen eines neuen Jobs oder beim Weiterkommen im Beruf helfen.

Nach den zusätzlichen Konjunkturpaketen in den Krisenjahren wird die Wirtschaftsförderung im engeren Sinn 2011 auf das Niveau vor der Krise ausgerichtet. Sie erreicht im kommenden Jahr eine Gesamtsumme von 172,29 Mio. Euro nach 193,36 Mio. Euro im Voranschlag 2010 und liegt damit immer noch über den Werten in Zeiten der Hochkonjunktur (Voranschlag 2008: 164,9 Mio. Euro) Hauptaugenmerk liegt dabei auf dem Rückgrat der Wiener Wirtschaft - den kleinen und mittelgroßen Unternehmen (KMU). Unterstützt werden besonders Innovationsprojekte von GründerInnen und UnternehmerInnen aus allen Branchen im Produktions- und im Dienstleistungssektor. Die maßgeschneiderten Förderprogramme der Stadt über die Wirtschaftsagentur Wien und ihrer Tochtergesellschaften departure und ZIT tragen gerade bei KMU zu betrieblichen Innovationen und Modernisierungen bei, erhöhen die Wettbewerbsfähigkeit und unterstützen damit das Unternehmens- und Beschäftigtenwachstum in Wien als Drehscheibe zwischen Ost und West.

2,9 Mrd. Euro für Soziales und Gesundheit

Wurden im Voranschlag 2009 1,06 Mrd. Euro für Soziales vorgesehen, waren es laut Voranschlag 2010 1,14 Mrd. Euro und sind es für 2011 nunmehr 1,201 Mrd. Euro. Brauner: "Wien unterscheidet sich von anderen Metropolen gerade dadurch, dass wir niemanden zurücklassen und ein belastbares soziales Netz bereithalten - die Wirtschaftskrise sollte auch dem letzten Kritiker gezeigt haben, wie wichtig das ist. Wir schauen ganz genau darauf, dass die Sozialleistungen bei den Richtigen ankommen, nämlich denen, die es wirklich brauchen." Die Ausgaben des Fonds Soziales Wien steigen 2011 auf 705,07 Mio. Euro an, die Allgemeine Sozialhilfe erreicht einen Wert von 397,7 Mio. Euro, für das Landespflegegeld sind Ausgaben in Höhe von 69,56 Mio. Euro eingeplant.

Im Sozialbereich wird 2011 das Wiener Geriatriekonzept weiter vorangetrieben. Die Pflegewohnhäuser Innerfavoriten, Simmering, Meidling, Baumgarten und Liesing sowie das Innovative Wohn- und Pflegehaus Döbling werden errichtet und teils auch fertig gestellt. Damit wird die Zahl der Pflegeplätze in Wien bis 2015 auf 10.000 erhöht. Einen Schwerpunkt bildet auch 2011 die Wiener Mindestsicherung.

Im Gesundheitsbereich erreichen die Ausgaben einen Wert von 1,72 Mrd. Euro nach 1,67 Mrd. Euro im Voranschlag 2010. Die zentralen Projekte

im Gesundheitsbereich 2011: Im Kaiser-Franz-Josef-Spital entsteht der Wirtschaftshof, der neben Wirtschafts- und Werkstättenbereichen auch eine Apothekenpartnerschaft und ein Sterilisationsgut-Aufbereitungszentrum für den Süden Wiens umfasst. Mit der Standortverlegung des Gottfried von Preyer'schen Kinderspitals in das Kaiser-Franz-Josef-Spital wird ein Mutter-Kind- und OP-Zentrum errichtet - mit Gynäkologie, Geburtshilfe, einer chirurgischen Abteilung und vielen anderen Neuerungen. Zentral im Gesundheitsbereich ist auch die Weiterführung der Bauarbeiten für das neue Krankenhaus Nord.

Entwicklung des Personalstands

Der Personalstand der Stadt Wien inklusive Unternehmungen, Wiener Wohnen und Wien Kanal beträgt im nächsten Jahr 58.392 und steigt damit mit einem Plus von 0,36 Prozent leicht an. 2010 betrug der Wert 58.183. "Die Ausweitung des Personalstandes ist auf die Bemühungen der Stadt im Bereich der Verstärkung der Personalsituation in den Wiener Kindergärten zurückzuführen", stellt Brauner fest. Auch der Voranschlag 2011 und seine 180 Ansätze wurden wie schon seit vielen Jahren üblich eingehend nach den Grundsätzen des Gender Budgeting hinsichtlich der Geschlechtergerechtigkeit in der Budgetierung durchleuchtet.

Eckdaten Voranschlag Stadt Wien 2011 (ohne Wirtschaftsreserve)

	Voranschlag 2011	Veränderung ggü. VA 2010
Ausgabenrahmen	11,43 Mrd. Euro	-11,48 Mio. Euro
Einnahmenrahmen	10,81 Mrd. Euro	+165,92 Mio. Euro
Administrativer Saldo	-621,30 Mio. Euro	-
Maastricht-Saldo	-577,00 Mio. Euro	-
Schuldenstand	Voraussichtl. Stand per 31.12.2010	Veränderung gegenüber Stand per 31.12.2009
	2,939 Mrd. Euro	+1,065 Mrd. Euro
Investitionen		
Stadt-Wien-Konzern)	2,638 Mrd. Euro	+101,00 Mio. Euro
Nachfragewirksame		
Ausgaben	4,288 Mrd. Euro	-116,00 Mio. Euro
Ausgaben Bau- und		
Baunebengewerbe	1,657 Mrd. Euro	-62,04 Mio. Euro

Rückfragehinweis:

Mag. Wolfgang Hassler
 Mediensprecher Vizebürgermeisterin Mag.a Renate Brauner
 Tel.: 01/4000-81845
 E-Mail: wolfgang.hassler@wien.gv.at

Mag.a Cécile-Veronique Kochwalter
 Mediensprecherin Vizebürgermeisterin Mag.a Renate Brauner
 Tel.: 01/4000-81219
 E-Mail: cecile.kochwalter@wien.gv.at

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/174/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER

INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Auch in Wien wird gespart

Wiener Zeitung

Das bedeutet, dass es bei den Schwerpunktthemen Bildung, Kinderbetreuung, Gesundheit und Soziales keine Einsparungen geben wird, wohl aber etwa im Bereich ...

[Mehr Kindergärtnerinnen für Wien](#) DiePresse.com

[SP-Wien macht Budget ohne Grüne](#) derStandard.at

[APA OTS \(Pressemitteilung\)](#)

FAMILIENPOLITIK

Kurswechsel in der ÖVP-Familienpolitik? - news.ORF.at

Prominente ÖVP-Politiker haben in den vergangenen Tagen die bisherige Familienpolitik der ÖVP in Frage gestellt: Statt in Geldleistungen sollte mehr in den ...

news.orf.at/stories/2024404/

ÖVP-Diskussion um Familienpolitik

[ORF.at](#)

... ÖVP für Aufregung: Es brauche nicht mehr Geld für Familien, sondern mehr Kinderbetreuungseinrichtungen, die Familienpolitik sei gescheitert, so Khol. ...

Familien « SPÖ Bundesfrauen

von Newsletter

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek sieht in der von Familienminister Mitterlehner angekündigten Kehrtwende in der Familienpolitik – weg von Geldleistungen und hin zu mehr Sachleistungen – einen "echten Sinneswandel". ...

[SPÖ Bundesfrauen - http://www.frauen.spoe.at/](http://www.frauen.spoe.at/)

Baustelle Familienpolitik

[Kurier](#)

Kinder: Die Volkspartei wechselt nicht nur den Kurs bei einem ihrer Leibthemen, sondern auch das "Gesicht" in der Regierung dafür. ...

Die heimische Politik und die Familien Von Christina Aumayr-Hajek

[Wiener Zeitung](#)

Im "profil" bezeichnet Khol die Familienpolitik als "gescheitert" und wünscht sich mehr Kinderbetreuungseinrichtungen, damit die Mütter ihrem Beruf ...

Präs. Andrea Gottweis: Wahlfreiheit muss oberstes Prinzip in der ...

Präs. Andrea Gottweis: Wahlfreiheit muss oberstes Prinzip in der Familienpolitik bleiben. Utl.: "Kehrtwende" von Geld- zu Sachleistungen bedeutet Einmischung ins Familienleben = 2010. November 8. 13:17. Fortsetzung des Artikels. ...

[Nachrichten - AT.com - http://www.nachrichtenat.com/](http://www.nachrichtenat.com/)

Musiol: Kursänderung der ÖVP bei Familienpolitik nur Tarnung?

[APA OTS \(Pressemitteilung\)](#)

Wien (OTS) - "Sollte die ÖVP tatsächlich eine Kursänderung in der Familienpolitik vornehmen, begrüßen wir das. Damit wird eine jahrelange Forderung der ...

Die Debatte „Geld- oder Sachleistung?“ kreist um ein Randthema. Mut zum Kind ...

Salzburger Nachrichten

Falsch, leider nicht über Familien, über Familienpolitik. Tenor: Ist es ein Fehler, Familien Geld zu geben, im guten Glauben, sie werden es zum Wohl ihrer ...

NEIN zu Kürzungen bei Familien!

Im Rahmen von Pressekonferenzen in allen österreichischen Landeshauptstädten artikuliert der Katholische Familienverband seinen Protest gegen die geplanten Einsparungen bei Familien. Der Direktor des Instituts für Ehe und Familie (IEF), Prof. Günter Danhel, forderte bei einer Pressekonferenz in Klagenfurt am 5. November nachhaltige strukturelle Verbesserungen im Steuer- und Sozialrecht, um Gerechtigkeit für Familien herzustellen. In Wien nahmen zur selben Zeit Vertreter des KFÖ und des KFVW Stellung. Dabei wurde der Hinweis auf www.familienprotest.at erneuert und eine „Online-Unterschriftenliste“ ab 8. November angekündigt. Für Samstag, 13. November, ist ein österreichweiter „Familien-Aktionstag“ geplant.

<http://www.kathpress.co.at/site/nachrichten/database/35638.html>

Der Wiener Erzbischof, Kardinal Schönborn, übte beim Gespräch der Religionsvertreter mit Bundeskanzler Faymann Kritik an mehreren Punkten des Sparpakets:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20101105_OTS0260/schoenborn-nein-zu-familieinkuerzungen-ja-zu-studiengebuehren

<http://www.kathpress.co.at/site/nachrichten/database/35647.html>

Dazu die Pressemitteilung des Bundeskanzleramts:

<http://www.bka.gv.at/site/6597/default.aspx>

Auf Unverständnis und Empörung ist bei vielen Familien ein überwiegend tendenziöser Artikel von Eva Linsinger und Christa Zöchling („Die gescheiterte Familie“) in der aktuellen Ausgabe des Wochenmagazins „profil“ gestoßen.

<http://www.profil.at/articles/1044/560/281160/die-familie>

In ihrer Offenheit entlarvend sind die im genannten Beitrag zitierten Äußerungen maßgeblicher politischer Entscheidungsträger:

„profil“: Khol: "Die Familienpolitik ist gescheitert"

Utl.: Familienminister Mitterlehner und Seniorenbund-Obmann Khol fordern "Kehrtwende" in Familienpolitik =

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20101106_OTS0007/profil-khol-die-familienpolitik-ist-gescheitert

Möglicherweise ist die Analyse der Vorgänge rund um die Kürzungen bei Familienleistungen durch einen Internet-Blogger nicht von der Hand zu weisen - lesenswert ist seine Darstellung der Zusammenhänge auf alle Fälle:

<http://rokory.wordpress.com/2010/11/07/familienpolitik-dilettantismus-der-regierung-mit-unterstuetzung-der-medien/>

Begrüßt wird der ÖVP-Gesinnungswandel vom Koalitionspartner

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20101106_OTS0040/binder-maier-sachleistungen-statt-geldleistungen-oevp-hat-notwendigkeit-einer-modernern-familienpolitik-endlich-erkannt

und von der „grünen“ Opposition

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20101106_OTS0043/musiol-bundeszuspruch-fuer-kinderbetreuung-rasch-verlaengern

während die anderen Oppositionsparteien Kritik an den geplanten Maßnahmen üben

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20101106_OTS0042/bzoe-bucher-proell-als-finanzminister-gescheitert

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20101106_OTS0034/bzoe-haubner-zu-mitterlehner-oevp-hat-als-familienpartei-endgueltig-abgedankt

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20101106_OTS0021/fpoe-kitzmueller-familienpolitischer-schwenk-der-oevp-ist-voellig-jenseitig

Unterschriftensammlung der Christlichen Partei Österreichs gegen die Belastung der Familien:

<http://www.ipetitions.com/petition/familien/>

Protestbriefaktion des Österreichischen Familienbunds:

<http://www.familienbund.at/?id=125>

Institut für Ehe und Familie (IEF)

Spiegelgasse 3/8, 1010 Wien, Österreich

Tel.: +431 515 52 / 3658 (Sekretariat), Fax: +431 513 89 58

christa.kaesmayer@ief.at

INKLUSION, INKLUSIVE PÄDAGOGIK

Betroffene protestieren in mehreren Städten gegen Pflegegeldeinsparungen

Am 18. November 2010 finden in Linz, Graz und Wien Demonstrationen gegen Pflegegeldeinsparungen und andere Grauslichkeiten statt. Ein Überblick. Das Sparpaket trifft behinderte Menschen, pflegebedürftige Menschen und deren Angehörige besonders hart. Aus Verzweiflung planen Betroffene in verschiedenen Städten Demonstration gegen das Sparpaket.

Bisher wurden folgende Veranstaltungen angekündigt:

Wien

Demonstration vor dem Sozialministerium am 18. November 2010, von 10:00 bis 12:00 Uhr (Stubenring 1, 1010 Wien) gegen die geplanten Verschärfungen beim Pflegegeld sowie die Verschlechterungen im Behindertengleichstellungsgesetz.

Graz

Die Proteste in Graz wurden schon vor einigen Tagen angekündigt.

Treffpunkt ist am 18. November 2010 um 16:30 Uhr, vor dem LKH (Endstation Linie 7, St. Leonhard), geben die Veranstalter bekannt.

Linz

In Linz findet am 18. November 2010 ab 11 Uhr ein Protestmarsch vom Empowerment-Center der SLI OÖ (Bethlehemstraße 3, 4020 Linz) zum oberösterreichischen Landhaus statt.

Siehe auch: <http://www.bizeps.or.at/news.php?nr=11811>

BIZEPS - Behindertenberatungszentrum
Zentrum für Selbstbestimmtes Leben
Kaiserstraße 55/3/4a, A-1070 Wien
Tel.: 01 / 523 89 21 Fax: 01 / 523 89 21 20
<mailto:office@bizeps.or.at>
BIZEPS-INFO: <http://www.bizeps.or.at>

Budget: Besondere Belastungen für Menschen mit Behinderungen

APA OTS (Pressemitteilung)

Euro vereinbart worden sind," kommentiert Michael Chalupka, Direktor der Diakonie Österreich erneut das Budget. "Völlig unverständlich ist das vorliegende ...

KINDERRECHTE

Initiative gegen Unrecht

Liebe Unterstützerin,
lieber Unterstützer der Initiative Gegen-Unrecht,

Es ist soweit!

Wir möchten Sie herzlich einladen: kommen Sie zur offiziellen Übergabe der mehr als 105.000 Unterstützungserklärungen an Nationalratspräsidentin Barbara Prammer.

**Treffpunkt: Donnerstag, 11. November, 10:30 Uhr vor dem
Parlament
(1010 Wien, Dr. Karl Renner Ring 3)**

Bis zu 100 UnterstützerInnen können bei der Übergabe in der Säulenhalle des Parlaments dabei sein.

Um den Sicherheitsbestimmungen des Parlaments zu entsprechen, ersuchen wir Sie um Anmeldung: [Ja, ich komme zum Parlament!](#)

Wir freuen uns über alle UnterstützerInnen, die zusätzlich vor das Parlament kommen, um unserem gemeinsamen Anliegen Nachdruck zu verleihen.

Mit herzlichen Grüßen,
Das Team der Initiative Gegen-Unrecht
www.gegen-unrecht.at

PS: Die ersten 100 angemeldeten UnterstützerInnen erhalten von uns eine Bestätigungsmail.

100.000 Menschen fordern, dass die Kinderrechtskonvention ohne Einschränkung in der Verfassung verankert wird. 100.000 Menschen, die sich ein echtes Bleiberecht und ein neues Asyl- und Fremdenrecht wünschen.

Jetzt muss die Politik endlich handeln! Kinder gehören nicht ins Gefängnis.

HIER KÖNNEN SIE NOCH IMMER UNTERSCHREIBEN:
www.gegen-unrecht.at

Kinder haben Rechte - Masterlehrgang

Das Kinderbüro Steiermark und kija steiermark (die Kinder- und Jugendanwaltschaft Steiermark) haben in Kooperation mit UNI for LIFE, die Weiterbildungsgesellschaft der Uni Graz, nun einzigartig in Österreich einen Master-Lehrgang Kinderrechte entwickelt, der ab Oktober 2010 erstmals angeboten wird. Der Master-Lehrgang Kinderrechte vermittelt systemisch interdisziplinäres Wissen, Methoden und Kompetenzen für ein kritisches Verständnis der Umsetzung der Kinderrechte in rechtlichen, pädagogischen, psychologischen und kommunikativen Modulen. AbsolventInnen werden in die Lage versetzt, mit dem erworbenen interdisziplinären Wissen aktiv an der wissenschaftlichen und praktischen Umsetzung der Kinderrechte teilzunehmen. Der Lehrgang wird berufsbegleitend angeboten, dauert vier Semester und schließt mit dem akademischen Grad Master of Arts ab.

Informationen: www.uniforlife.at

Das Österreichische Institut für Familienforschung der [Universität Wien](http://www.univie.ac.at) wird vom [Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend](http://www.bmwf.at) über die [Familie & Beruf Management GmbH](http://www.familie-beruf.at) sowie von den Bundesländern Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol, Vorarlberg und Wien unterstützt.

PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULEN, UNIVERSITÄTEN

Übersicht

Inskription

Sampl für bundeseinheitliche Schulverwaltung [ORF.at](http://www.orf.at)

Für ÖVP-Bildungssprecher und Rektor der Pädagogischen Hochschule Josef Sampl ist das eine Schnapsidee. "Ich hätte etwas dagegen, ..."

Die Mitglieder der Plattform EduCare und alle an der Weiterentwicklung der Elementarpädagogik Interessierten können mit dafür sorgen, dass in die endgültige Formulierung des geplanten Volksbegehrens auch die *Elementarpädagogik* explizit

aufgenommen wird.

Die Möglichkeit dazu besteht durch Eintrag und entsprechende Formulierung im Bereich „Mein Statement“ - etwa mit dem Text „Ich unterstütze das Volksbegehren Bildungsinitiative, weil ich hoffe, dass der gesamte Bereich der Bildung - von der Geburt ("Elementarpädagogik") über die Schule ("Primar-/Sekundarpädagogik") und die Tertiäre Bildung bis zum Lebenslangen Lernen darin enthalten sein wird: und damit - auch wenn kein Gesetz daraus entstehen sollte - ein weiterer wichtiger Schritt zur Thematisierung dieses für Österreich wohl wichtigsten Zukunftsproblems gesetzt wird.“

Eintragungslink:

<http://www.vbbi.at/als-unterstuetzerin-registrieren/>

PARLAMENTSMELDUNGEN

Initiative "Gegen-Unrecht" am 11. November bei Prammer - Überreichung von mehr als 100.000 Unterstützungen

Wien (PK) – Am kommenden Donnerstag, dem 11. November 2010 um 11 Uhr, werden Michael Landau (Caritasdirektor der Erzdiözese Wien), Michael Chalupka (Direktor der Diakonie-Österreich), Christian Moser (Geschäftsführer SOS-Kinderdorf) und Heinz Patzelt (Generalsekretär Amnesty International Österreich) im Namen der Initiative "Gegen-Unrecht: Kinder gehören nicht ins Gefängnis" der Präsidentin des Nationalrats, Barbara Prammer, mehr als 100.000 Unterstützungserklärungen für diese Initiative überreichen.

Darin werden die Verankerung der Kinderrechtskonvention ohne Einschränkungen in der Verfassung, ein echtes Bleiberecht und ein neues Asyl- und Fremdenrecht gefordert.

http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2010/PK0867/index.shtml

PLATTFORM EDUCARE

Selbstverständnis

Forderungen

Mitglieder

Presse-
Aussendungen

Die Plattform EduCare unterstützt des Bildungsvolksbegehren der ...

09.112010 190427 Die Plattform EduCare fordert seit Jahren grundlegende Reformen im Bildungsbereich ein – die Initiative von Vizekanzler a D Dr Hannes ...

www.live-pr.com/die-plattform-educare-unterst-tzt-des-r1048...

MITTEILUNGEN VON MITGLIEDERN DER PLATTFORM EDUCARE

Bildungsinitiative: Kinderfreunde wollen mitmischen!

Wien (OTS) - Die Österreichischen Kinderfreunde fordern seit vielen Jahren grundlegende Reformen im Bildungsbereich. Eine Initiative wie das geplante Volksbegehren ist daher ein Schritt in die richtige Richtung.

"Wenn wir eine Politik haben, die im Bildungsbereich nicht mehr in der Lage ist, die anstehenden Probleme zu lösen, dann ist eine zivilgesellschaftliche Initiative, wie die von Hannes Androsch eine große Hoffnung für tausende betroffene Eltern" so LH-Stv. Josef Ackerl, Bundesvorsitzender der Österreichischen Kinderfreunde. Es müsse wesentlich mehr Geld für Bildung geben, von der Elementarbildung in den Kindergräten angefangen über die Schulen bis zu den Universitäten. Es muss Schluss sein mit den gefährlichen Machtspielen rund um die Zuständigkeit bei den LehrerInnen. "Hier wird auf dem Rücken der Kinder und Eltern ein Machtkampf ausgetragen, und zugleich die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft auf das Spiel gesetzt", so Ackerl weiter.

"Wir brauchen eine zentrale Bundeszuständigkeit für alle wichtigen Bildungsbereiche. Von der Elementarbildung bis zur Uni. Wir brauchen eine gemeinsame Ausbildung aller PädagogInnen, ein einheitliches Dienstrecht und eine effiziente Steuerung des gesamten Bildungswesens", erklärt Gernot Rammer, Bundesgeschäftsführer der Österreichischen Kinderfreunde. Er fordert, dass die Bildungsentscheidung nicht vor dem 14. Lebensjahr getroffen wird und dass Schulen gebaut und umgebaut werden, um modernen Lernformen gerecht zu werden. Es müsse zudem mehr Geld für die Unis geben, damit mehr junge Menschen einen hochwertigen Studienplatz zur Verfügung haben.

"Die Kinderfreunde unterstützen daher die Bildungsinitiative als hoffentlich wirksamen Weg um die verkrusteten Strukturen aufzubrechen. Nur wenn es gelingt die Eltern in eine Reformbewegung direkt einzubinden, kann die Reformblockade überwunden werden", so Rammer. Die Zivilgesellschaft müsse gemeinsam gegen die etablierte Politik anrennen, damit sich endlich etwas ändert. Die Kinderfreunde sind laut Rammer bereit, sich in die Entwicklung der konkreten Forderungen einzubringen: "Wir Kinderfreunde wissen, dass die Eltern mit dem bestehenden System mehr als unzufrieden sind. Wie im übrigen auch viele LehrerInnen, Studierende und ProfessorInnen. Wir wollen unsere Kraft in die Bildungsinitiative einbringen und zu ihrem Erfolg beitragen."

Rückfragehinweis:

Mag. (FH) Daniel Bohmann, Tel.: 01 / 512 12 98 / 60

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

STELLENAUSSCHREIBUNGEN

[Stellenausschreibung KindergartenpädagogIn OÖ](#)

KindergartenpädagogIn als 2. Fachkraft/AssistentIn ... mit der gruppenführenden Kindergartenpädagogin, nach den gesetzlichen Bestimmungen lt. OÖ ...
www.caritas-linz.at/fileadmin/pdf/job.php?uid=2269

[Stellenangebot Kindergartenpädagogin Nachrichten Vorarlberg Online ...](#)

Die Gemeinde Meiningsucht eine/-n Kindergartenpädagogen/-in ab 7. Februar 2011 im Beschäftigungsausmaß von 100%. Voraussetzung: abgeschlossene Ausbildung ...
www.vol.at/.../news-lj-mnqd336f5a221127e65e457f1091bc4...

VERANSTALTUNGEN UND EVENTS

[Kindgemäße
Pädagogik -
Veranstaltungen und
Events](#)

5 Interventionen - Eine Vorlesungs- und Veranstaltungsreihe anlässlich „15 Jahre Integrationshaus“

[3. Intervention: Frühe Mehrsprachigkeit als Potential - Eine Vorlesungs- und Veranstaltungsreihe anlässlich „15 Jahre Integrationshaus“ - Uni Aula/Campus Universität Wien - 17. November 2010 17:00](#)

Das Integrationshaus in Wien setzt sich seit 15 Jahren für den Schutz von Asylsuchenden und Flüchtlingen ein und ist somit ein exponierter Erfahrungsraum für den Umgang mit Flucht und Migration. Anlässlich seines 15-jährigen Bestehens führt das Integrationshaus fünf sehr verschieden gestaltete Veranstaltungen zu relevanten Themenbereichen durch und möchte damit in der öffentliche Debatte „intervenieren“. Damit soll auf vielfältige Art und Weise zum Diskurs zu relevanten Fragestellungen angeregt werden. Es werden Erfahrungen und Wissen aus dem Integrationshaus, von externen ExpertInnen, Betroffenen und interessierten Beteiligten eingebracht.

3. Intervention: Frühe Mehrsprachigkeit als Potential

Datum: Mittwoch 17. November 2010; 17:00-20:00 Uhr
Ort: Uni Aula/Campus Universität Wien, Spitalgasse 2/Hof 1, 1090 Wien

Die Mehrsprachigkeit und deren Förderung gehört im Integrationshaus zum Alltag und ist ein zentrales Anliegen. Die Veranstaltung beschäftigt sich vor allem mit der Frage der Förderung der frühen Mehrsprachigkeit. Nur durch entsprechende wissenschaftliche Informationen und Reflexionen über das Sprachsystem sowie über Komponenten und Prozesse des Spracherwerbs kann die frühe Mehrsprachigkeit bei Kindern aller Muttersprachen gefördert werden.

Woraus besteht die beneidenswerte Fähigkeit der Kinder, mit Sprache umzugehen? Welche Kompetenzen brauchen PädagogInnen, um mit mehreren Sprachen in Kindergärten und Schulen kompetent umzugehen? Welches theoretische und methodische Wissen kann da

hilfreich sein? Wie müssen sich die Rahmenbedingungen in Kindergarten und Schule verändern, damit Mehrsprachigkeit optimal gefördert werden kann? Welche Änderungen brauchen wir in der Ausbildung von PädagogenInnen?

Moderation: Münire Inam

Vortrag: „Wie Sprache funktioniert - Sprachwissen als Mittel zur Integration“, Susanna Buttaroni

Anschl. Podiumsdiskussion:

Susanna Buttaroni, Sprachwissenschaftlerin, Zentrum für Fernstudien der Universität Linz

Rudolf De Cillia, Sprachwissenschaftler, Institut für Sprachwissenschaften, Universität Wien

Gabriele Khan, Erziehungswissenschaftlerin, Vizerektorin für Forschung und Entwicklung, Pädagogische Hochschule Kärnten

Heide Lex-Nalis, eh.BAKIP Direktorin, steuerndes Mitglied der Plattform "EDUCARE"

Milka Ninic, Kindergartenpädagogin

5 Interventionen

Eine Vorlesungs- und Veranstaltungsreihe anlässlich „15 Jahre Integrationshaus“
27. Oktober 2010 bis 12. Jänner 2011

1. Intervention:

Integration: Wirklichkeiten hinter dem Begriff

Datum: Mittwoch 27.10.2010; 17:00-20:00

Ort: Urania Dachsaal, Uraniastraße 1, 1010 Wien

2. Intervention

Auf meiner Leinwand ist keiner fremd

Eine künstlerisch-aktionistische Begegnung

Datum: Samstag, 6. November 2010; 10:00-17:00

Ort: Atelierhaus der Akademie der bildenden Künste Wien, Lehargasse 6-8, 1060 Wien

3. Intervention

Frühe Mehrsprachigkeit als Potential

Datum: Mittwoch 17. November 2010; 17:00-20:00 Uhr

Ort: Uni Aula/Campus Universität Wien, Spitalgasse 2/Hof 1, 1090 Wien

4. Intervention

„Kopfidentitäten“

Weibliche Kopfbedeckungen als kulturelles Stilmittel

Datum: 1. Dezember 2010; 17:00-20:00

Ort: DSCHUNGEL WIEN Theaterhaus im MuseumsQuartier, Museumsplatz 1, 1070 Wien

5. Intervention

„Alles, was RECHT ist!“ – oder: „Wie stelle ich mir ein FAIRES Asylgesetz vor?“

Datum: 12. Jänner 2011; 18:00-21:00

Ort: Juridicum Universität Wien, Schottenbastei 10-16, 1010 Wien

Plattform EduCare**Postadresse:**

Krausegasse 7a/10
1110 Wien
ÖSTERREICH

Telefon: +43 (664) 73592265

Faxnummer: +43 (1) 7485469

Skype: 

E-Mail: Informationsdienst@Plattform-EduCare.org

Diese Mitteilungen haben ausschließlich Informationscharakter.

Die Plattform EduCare übernimmt daher keine Gewähr für Richtigkeit, Genauigkeit und Qualität der bereitgestellten Information.

Eine Identifikation mit den Inhalten kann aus der Veröffentlichung nicht geschlossen werden, wir schließen jegliche Verantwortung für diese Zitierungen und die darin enthaltenen Inhalte aus.

→ Diese Übersicht ergeht zur Information fallweise auch an in einzelnen Meldungen angeführte E-Mail-Adressen ←

Schicken Sie uns Meldungen, die Sie anderen Mitgliedern zugänglich machen wollen
Verwenden Sie hierfür die E-Mail-Adresse: Informationsdienstl@Plattform-EduCare.org

Schreiben Sie uns Informationen, die Sie hier nicht finden, die aber für die Arbeit der Plattform EduCare wichtig sein könnten

Wir verarbeiten sie streng vertraulich: Informationspool@Plattform-EduCare.org

Änderungen zu diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer bisherigen E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist, und Ihrem Änderungswunsch (zum Beispiel: neue E-Mail-Adresse).

Abmeldung von diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist.

Anregungen zu Stellungnahmen

Sollten Sie der Meinung sein, die Plattform EduCare sollte zu einem bestimmten Thema Stellung beziehen, schreiben Sie bitte Ihre diesbezüglichen Anregungen in einer [Mail](#) an uns – danke!

Mitteilung von Adressen, die unseren kostenlosen „Informationsdienst“ erhalten sollen

Sie möchten anderen Teilnehmern dieses kostenlosen Services eine Information zukommen lassen: bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit den entsprechenden Angaben.